



Dringlichkeitsvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/05291**
Datum: 21.02.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Büro des Oberbürgermeisters
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	22.02.2023	öffentlich Entscheidung

Betreff: Resolution des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) an die Landesregierung zur Umsetzung der Reviervereinbarung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung auf, die „Vereinbarung zur Reviergerechtigkeit unter Berücksichtigung der Betroffenheit der Regionen vom Kohleausstieg sowie der unterschiedlichen Entwicklungspotenziale“ vollumfänglich umzusetzen. Dies umfasst die Förderung der in Nr. 4 der Vereinbarung festgelegten Vorhaben „Reaktivierung des Wasserwerkes Beesen“ und „Neubau Campus Kastanienallee“. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) erwartet, dass die Landesregierung zeitnahe für diese Projekte einen verbindlichen alternativen Finanzierungs- und Umsetzungsweg festlegt.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) unterstützt die Forderung des Saalekreises zur Umsetzung seiner in Punkt 4 der Vereinbarung festgelegten Projekte „Errichtung eines BioEconomy-Hubs“ sowie „Ausbau des Merseburger Innovationscampus“ und erwartet von der Landesregierung die verbindliche Festlegung auf einen Förderungs- und Finanzierungsweg.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Resolution an die Landesregierung zu übermitteln und um eine Stellungnahme zu bitten. Zudem wird diese Resolution den Hauptverwaltungsbeamten der vier an der Vereinbarung beteiligten Gebietskörperschaften sowie allen Fraktionen im Landtag zur Kenntnis geschickt.

Katja Müller
Stadtratsvorsitzende

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Begründung:

Die Stadt Halle (Saale) hat am 28. Oktober 2022 die „Vereinbarung zur Reviergerechtigkeit unter Berücksichtigung der Betroffenheit der Regionen vom Kohleausstieg sowie der unterschiedlichen Entwicklungspotenziale“ unterzeichnet. Zuvor hatte der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) am 26. Oktober 2022 zugestimmt.

In der Vereinbarung haben die fünf vom Kohleausstieg betroffenen Gebietskörperschaften zusammen mit der Landesregierung gemeinsam festgelegt, wie die Fördermittel, die im Rahmen des Strukturwandels zur Verfügung gestellt werden, verteilt werden sollen.

Neben einem Schlüssel für die Förderung im sogenannten Landesarm wurden auch konkrete Projekte für den Just Transition Fund (EU-Arm) sowie weitere Vorhaben verabredet. In der Stadt Halle (Saale) gilt dies für die Vorhaben „Reaktivierung des Wasserwerkes in Beesen“ und „Neubau Campus Kastanienallee“.

Das Wasserwerk Beesen wird in der Vereinbarung als förderfähig im Just Transition Fund (JTF) benannt.

Dies hat sich mittlerweile als nicht haltbar erwiesen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2022 hat die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt der Stadt Halle (Saale) mitgeteilt, dass eine Förderung im Rahmen des JTF nicht möglich ist. In der Vereinbarung ist für diesen Fall vorgesehen, dass die Projekte über alternative Fördermöglichkeiten umgesetzt werden sollen. Dazu liegen bisher – trotz zahlreicher Gespräche in den vergangenen Wochen – keine konkreten Zusagen seitens der Landesregierung vor.

Dabei handelt es sich bei der Reaktivierung des Wasserwerkes Beesen um eine Schlüsselinvestition zum Gelingen des Strukturwandels. Nicht nur für die Stadt Halle (Saale), sondern für das gesamte Revier. Im Zuge des Strukturwandels sollen zahlreiche neue Industrie- und Gewerbegebiete im südlichen Sachsen-Anhalt entstehen. So plant der Burgenlandkreis an der Autobahn 9 bei Weißenfels ein neues, großflächiges Gewerbegebiet. Gleiches gilt für die Stadt Köthen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Auch im Saalekreis sollen mit der Erweiterung des Chemieparks in Merseburg sowie der Schaffung eines neuen Industrie- und Gewerbegebietes weitere Vorhaben umgesetzt werden. Hinzu kommen Ansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen in den bestehenden Industrie- und Gewerbegebieten im südlichen Sachsen-Anhalt.

Für die daraus resultierende notwendige Trinkwassermenge ist das bestehende Fernwasserversorgungssystem im südlichen Sachsen-Anhalt nicht ausgelegt. Insbesondere in Verbrauchsspitzenzeiten kann die Versorgung bei einer Vollbelegung aller neuen Industrie- und Gewerbegebiete mit dem derzeitigen System nicht mehr sichergestellt werden.

Daher soll das Wasserwerk Beesen als Spitzenlastwasserwerk reaktiviert werden, um damit die Trinkwasserversorgung insbesondere der neuen Industrie- und Gewerbegebiete langfristig sicherstellen. Ohne diese Ankerinvestition sind die Grundvoraussetzungen für Ansiedlungen nicht gesichert. Zudem schafft das Wasserwerk eine insgesamt höhere Versorgungssicherheit in Zeiten des Klimawandels. Zugleich handelt es sich bei einem Spitzenlastwasserwerk in dieser Größenordnung um eine neuartige Technik, die Modell und Vorbild für viele Regionen in Deutschland und Europa werden kann.

Als weiteres Projekt der Stadt Halle (Saale) ist in der Vereinbarung der Neubau des Campus Kastanienallee vorgesehen. Mit diesem Projekt soll eine einzigartige Verzahnung zwischen dem Stadtteil Halle-Neustadt, dem Technologiepark Weinberg Campus und den drei Schulen am Standort erreicht werden. Ziel ist, die Aus- und Weiterbildung in den MINT-Bereichen zu stärken.

Die Landesregierung hat in der Vereinbarung ihre Unterstützung für eine Förderung dieses Projektes aus dem JTF oder aus anderen Fördermittelprogrammen zugesagt. Bisher ist aber für dieses Vorhaben noch kein Förderweg ersichtlich.

Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtrat Halle (Saale) die Landesregierung auf, eine konkrete Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeit für beide Vorhaben zu bestimmen und damit die Umsetzung der Vereinbarung zur Reviergerechtigkeit zu gewährleisten. Gleiches gilt für die Errichtung des BioEconomy-Hubs und den Ausbau des Merseburger Innovationscampus im Saalekreis. Für beide Projekte gibt es bisher, anders als in der Vereinbarung festgelegt, keinen verbindlichen Förderweg. Daher hat der Saalekreis die Vereinbarung bisher nicht unterzeichnet.

Die Stadt Halle (Saale) hat den Strukturwandelprozess von Beginn an gemeinsam mit dem Saalekreis gestaltet. Alle Vorhaben der beiden Gebietskörperschaften wurden in enger Zusammenarbeit entwickelt und fügen sich in ein gemeinsames Konzept ein. Daher erwartet der Stadtrat Halle (Saale) auch für die beiden genannten Projekte aus dem Saalekreis eine Lösung hinsichtlich der Finanzierung und Umsetzung. Nur so können die Ziele des Strukturwandels im südlichen Sachsen-Anhalt erreicht werden.